

The project “Equal and inclusive representation of women in decision-making for women advancement”

Membership Support Regranting Scheme 2024 / RE-GRANTING AGREEMENT No. MASF2024-006

## Gemeinsame politische Empfehlungen für zivilgesellschaftliche Organisationen Österreich, Rumänien, Litauen

<p><b>1. Titel der Empfehlung</b></p>	<p><b>Politische Empfehlungen für zivilgesellschaftliche Organisationen zur Förderung von Frauen in der Politik</b></p>
<p><b>2. Hauptziel und weitere Ziele</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhöhung der Repräsentation von Frauen in politischen Entscheidungsprozessen</li> <li>• Stärkung der Frauen, um aktiv an der Politik teilzunehmen</li> <li>• Förderung geschlechtssensibler politischer Umgebungen</li> <li>• Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Wählerinnenunterstützung für Frauen</li> <li>• Förderung einer inklusiven und vielfältigen politischen Teilnahme</li> <li>• Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Frauenorganisationen und politischen Institutionen</li> </ul>
<p><b>3. Beschreibung der politischen Empfehlungen</b></p>	
<p><b>Kurze Einführung (aktueller Stand)</b></p> <p>In Österreich, Rumänien und Litauen sind Frauen in politischen Entscheidungsprozessen nach wie vor unterrepräsentiert, obwohl Bemühungen unternommen werden, dieses Ungleichgewicht zu beheben. In Österreich bestehen trotz jüngster Fortschritte geschlechtsspezifische Unterschiede auf allen Regierungsebenen fort. Weder der Nationalrat noch der Bundesrat erreichen Geschlechterparität, und die Unterrepräsentation ist auf lokaler Ebene noch ausgeprägter, wo nur etwa 10% der Gemeinden von Bürgermeisterinnen geführt werden. Historische Daten zeigen Schwankungen in der Repräsentation von Frauen in der Bundesregierung, mit bemerkenswerten Meilensteinen wie der Bierlein Regierung im Jahr 2019, die Geschlechterparität erreichte, und der Kurz-II Regierung im Jahr 2020, bei der Frauen erstmal in der Überzahl waren. Das Fehlen gesetzlicher Geschlechterquoten, anders als in einigen anderen europäischen Ländern, bedeutet jedoch, dass Österreich nach wie vor vor erheblichen Herausforderungen steht, um die Geschlechtergleichheit in der politischen Repräsentation zu erreichen.</p> <p>In Rumänien wird die Situation durch das Fehlen einer umfassenden Strategie für Geschlechtergleichgewicht in Entscheidungsprozessen verkompliziert, obwohl in anderen Bereichen, wie z.B. der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, starke politische Maßnahmen vorhanden sind. Diese Lücke erfordert einen anderen Ansatz, der sich auf innovative Lobbyinitiativen konzentriert, um das Bewusstsein zu schärfen und die gleichberechtigte Repräsentation von Frauen in Entscheidungspositionen zu fördern. Diese</p>	

Co-funded by the European Union. Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or the European Education and Culture Executive Agency (EACEA). Neither the European Union nor EACEA can be held responsible for them.

The project “Equal and inclusive representation of women in decision-making for women advancement”

Membership Support Regranting Scheme 2024 / RE-GRANTING AGREEMENT No. MASF2024-006

Bemühungen stehen im Einklang mit der EU-Gleichstellungsstrategie 2020-2025 und betonen die Bedeutung der Stärkung von Frauen.

Auch Litauen steht vor Herausforderungen bei der Erreichung des Geschlechtergleichgewichts in der Politik, was breitere Trends in der Europäischen Union widerspiegelt. Laut dem Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen entwickelten Gleichstellungsindex sind geschlechtsspezifische Ungleichheiten im Bereich der Macht am ausgeprägtesten, wobei der EU-Durchschnitt von Frauen in den Parlamenten nur 33% beträgt. Die Bemühungen Litauens spiegeln die von Österreich und Rumänien wider, wobei der Schwerpunkt sowohl auf kurzfristigen als auch langfristigen Politiken liegt, um eine stärkere Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen zu unterstützen, die Kommunikation mit Politiker zu verbessern und positive Einstellungen der WählerInnen gegenüber Frauen in der Politik zu fördern.

Insgesamt hat jedes Land in verschiedenen Bereichen Fortschritte gemacht, der Weg zur Geschlechterparität in der politischen Repräsentation ist jedoch noch nicht abgeschlossen und erfordert konzentrierte Anstrengungen der Zivilgesellschaft, der politischen Parteien und der Regierung gleichermaßen.

Die drei Ländern schlagen daher die folgenden politischen Empfehlungen vor:

## Frauen stärken, aktiv an Wahlen teilzunehmen

### 1.1. Kompetenzen und Selbstbewusstsein entwickeln

- **Schulungsprogramme:** Entwicklung und Umsetzung gezielter Schulungsprogramme auf nationaler und lokaler Ebene sowie im privaten Sektor, um die Fähigkeiten von Frauen in den Bereichen Governance, Beteiligung, Kommunikation, Führung und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zu verbessern. Diese Programme sollten sich auch auf die Rolle gewählter Frauen bei der Integration der Geschlechterperspektive auf allen Ebenen konzentrieren.
- **Nichtdiskriminierende Lobbyarbeit:** Förderung der Nichtdiskriminierung von Frauen und Einsatz für die Einbeziehung vielfältiger Gruppen (ethnische und kulturelle Minderheiten, junge und ältere Frauen, Frauen mit Behinderungen) in politischen Entscheidungsprozessen.
- **Mentoring- und Hospitationsprogramme:** Einführung und Durchführung eines “Frau-zu-Frau Mentoring Programms” und Entwicklung von Hospitationsinitiativen. Diese Programme sollten das Selbstbewusstsein und die Führungsfähigkeiten von Frauen, die eine politische Karriere in Betracht ziehen, durch die Paarung erfahrener und geschlechtersensibler gewählter Frauen mit NGO-Mitarbeiterinnen fördern.

The project "Equal and inclusive representation of women in decision-making for women advancement"

Membership Support Regranting Scheme 2024 / RE-GRANTING AGREEMENT No. MASF2024-006

- **Jugendbeteiligung fördern:** Förderung der Teilnahme junger Menschen, insbesondere junger Frauen, in Vereinen, um Erfahrungen und Kenntnisse zu sammeln, die für ein politisches Engagement nützlich sind.

## 1.2. Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Frauen in der Politik unterstützen

- **Öffentliche Betreuungsdienste:** Eintreten für den Zugang zu flexiblen und qualitativ hochwertigen öffentlichen Betreuungsdiensten, die für potenzielle Politikerinnen entscheidend sind, um familiäre Pflichten mit einer aktiven politischen Karriere zu vereinbaren.
- **Unterstützung für gewählte VertreterInnen:** Lobbyarbeit für Unterstützungsmaßnahmen, die gewählten Vertreter helfen, ihre familiären und öffentlichen Verpflichtungen zu vereinbaren. Parlamente und lokale Behörden sollen sicherstellen, dass ihre Zeitpläne und Arbeitsmethoden sowohl männliche als auch weibliche VertreterInnen gleichermaßen berücksichtigen.

## 1.3. Netzwerke aufbauen und pflegen

- **Vernetzung unter PolitikerInnen:** Initiieren und Pflegen von Netzwerken von PolitikerInnen aus verschiedenen Parteien, um als MentorInnen und Vorbilder für Frauen zu dienen, die an politischen Karrieren interessiert sind. Diese Netzwerke sollen dazu beitragen, die Anliegen von Frauen auf der politischen Agenda zu halten und positive Entscheidungen zu fördern.
- **Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg:** Förderung der Zusammenarbeit von PolitikerInnen über Parteigrenzen hinweg, um sich gegenseitig zu unterstützen und für gemeinsame Ziele einzutreten.
- **Monatliche Brainstorming-Sitzungen organisieren** für Gemeinschaftsinitiativen zur Förderung der Rolle von Frauen in der Politik.

---

## Kommunikation mit politischen Parteien zur Förderung der Geschlechtergleichheit und Priorisierung von Frauenthema auf der politischen Agenda

### 2.1. Formelle Politiken und Rahmenwerke

- **Geschlechtergleichheitspolitik:** Eintreten für die Verabschiedung und Umsetzung formeller Politiken zur Geschlechtergleichheit innerhalb politischer Parteien. Sicherstellen,

---

Co-funded by the European Union. Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or the European Education and Culture Executive Agency (EACEA). Neither the European Union nor EACEA can be held responsible for them.

The project “Equal and inclusive representation of women in decision-making for women advancement”

Membership Support Regranting Scheme 2024 / RE-GRANTING AGREEMENT No. MASF2024-006

dass Geschlechtergleichheit in den rechtlichen Rahmen der Partei aufgenommen und in politischen Programmen verankert wird.

- **Vorübergehende Sondermaßnahmen:** Lobbyarbeit für vorübergehende Sondermaßnahmen (z.B. Quoten, Frauenspezifische Kapazitätsaufbau- und Mentoring-Programme), um die Teilnahme von Frauen in der Politik zu erhöhen
- **Lernen von anderen Ländern:** Politische Parteien über erfolgreiche Strategien aus anderen Ländern informieren, um eine ausgewogene Geschlechterbeteiligung in gewählten Versammlungen zu fördern.
- **Mediale Sichtbarkeit:** Sicherstellen, dass weibliche und männliche KandidatInnen gleiche Sichtbarkeit in den Medien erhalten, insbesondere während der Wahlperioden.

## 2.2. Kreative Kommunikationsstrategien

- **Sitzungen des Gemeinderats:** Vorbereitung eines detaillierten Plans für lokale Frauenorganisationen zur Teilnahme an Gemeinderatssitzungen im Wechsel, um maßgeschneidertes Feedback an die Ratsmitglieder zu geben, um die Notwendigkeit für mehr gewählte Frauen und die Berücksichtigung von Geschlechteraspekten in Entscheidungsprozessen zu betonen.
- **Karl-Popper-Debatten:** Organisation von Debatten mit Senior- und JugendpolitikerInnen jeder Partei über Resolutionen zur Erhöhung der Rolle von Frauen in politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen.
- **Fokusgruppen mit PolitikerInnen:** Durchführung von Fokusgruppen mit PolitikerInnen verschiedener Parteien, um die Auswahlkriterien für Wahllisten zu diskutieren, mit einem besonderen Fokus auf Geschlechtergleichgewicht.

## 2.3. Erstellen von Fragebögen

- **Fragenkataloge:** Erstellen und Verteilen von Fragenkatalogen an alle KandidatInnen im Voraus, um spezifische Informationen zu ihrer Politik und ihren Maßnahmen in Bezug auf Geschlechtergleichstellung zu sammeln. Dieser Ansatz, der sich in Österreich als effektiv erwiesen hat, kann ein starkes Instrument sein, um PolitikerInnen zur Verantwortung zu ziehen.

---

**WählerInnen mobilisieren, um Frauen bei den Nationalwahlen zu unterstützen**

The project “Equal and inclusive representation of women in decision-making for women advancement”

Membership Support Regranting Scheme 2024 / RE-GRANTING AGREEMENT No. MASF2024-006

### 3.1. Öffentliches Bewusstsein und Medienmanagement

- **Aufklärungskampagnen:** Förderung öffentlicher Diskussionen zugunsten von mehr Frauen in der Politik durch Aufklärungskampagnen und öffentliche Aktionen wie “Frauen wählen Frauen” und “Kampagne 50/50”. Diese Kampagnen sollten sich auf die Einbeziehung junger Menschen konzentrieren und die Vielfalt von Frauen betonen.
- **Storytelling und Rollenbilder:** Entwicklung und Durchführung von Storytelling Sitzungen über Frauen als AkteurInnen der Veränderung mit Vorbildern auf der Basis- und Wahlebene präsentieren, um den Einfluss auf die Gemeinschaft zu zeigen
- **Zusammenarbeit mit den Medien:** Zusammenarbeit mit den Medien, um eine nicht stereotype und objektive Darstellung von PolitikerInnen zu fördern. Sicherstellen, dass Medienschaffende weiblichen und männlichen KandidatInnen und gewählten VertreterInnen die gleiche Sichtbarkeit verleihen.

### 3.2. Einbeziehung der Gemeinschaft

- **Gemeinschaftsinitiativen:** Organisation von monatlichen Brainstorming-Sitzungen für Gemeinschaftsinitiativen, die die Rolle von Frauen in der Politik fördern.
- **Abbildung von Fokusgruppen:** Durchführung von Kartierungsübungen und Fokusgruppen zu lokalen Themen und Herausforderungen, um den WählerInnen die Notwendigkeit der Beteiligung von Frauen auf allen Entscheidungsebenen verständlich zu machen.

### 3.3. Gleiche Ressourcen für den Wahlkampf

- **Ressourcenverteilung:** Einsetzen für gleichmäßige Verteilung von Zeit, finanziellen Mitteln und anderen Wahlkampffressourcen zwischen männlichen und weiblichen Kandidatinnen, um faire Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten.
- **Gemeinschaftsnetzwerke:** Unterstützung von Initiativen, die gemeindebasierte Netzwerke schaffen, um sich für die Repräsentation von Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter in der Politik einzusetzen.

#### 4. Erwartete Auswirkungen der politischen Empfehlungen

Die Umsetzung dieser politischen Empfehlungen soll Folgendes bewirken:

- **Stärkung des Verständnisses und der Macht von gewählten Frauen im Gender-Mainstreaming:**

Co-funded by the European Union. Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or the European Education and Culture Executive Agency (EACEA). Neither the European Union nor EACEA can be held responsible for them.

The project “Equal and inclusive representation of women in decision-making for women advancement”

Membership Support Regranting Scheme 2024 / RE-GRANTING AGREEMENT No. MASF2024-006

	<ul style="list-style-type: none"> <li>○ Durch die Förderung von Partnerschaften zwischen gewählten Frauen und Frauenorganisationen werden diese Empfehlungen die Fähigkeit weiblicher PolitikerInnen verbessern, Geschlechterperspektiven auf allen Regierungsebenen zu integrieren, was zu gerechterer Politik und Ergebnissen führt.</li> <li>● <b>Förderung neuer Kommunikationsmedien zwischen Politiker und Zivilgesellschaft:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Die Empfehlungen werden innovative und effektive Kommunikationsstrategien zwischen PolitikerInnen und der Zivilgesellschaft, insbesondere Frauenorganisationen, fördern, um sicherzustellen, dass Frauenthemen besser verstanden, priorisiert und in der politischen Entscheidungsfindung berücksichtigt werden.</li> </ul> </li> <li>● <b>Langfristige Veränderungen in Einstellungen und Verhaltensweisen gegenüber den Rollen von Frauen in der Politik schaffen:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Durch gezielte Interessenvertretung, Schulung und Öffentlichkeitskampagnen zielen diese Empfehlungen darauf ab, gesellschaftliche Einstellungen und Verhaltensweisen zu ändern und eine politische Kultur zu fördern, die die aktive Teilnahme und Führung von Frauen in der Politik wertschätzt und unterstützt..</li> </ul> </li> <li>● <b>Förderung inklusiver und aktiver politischer Strukturen:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Durch die Förderung vielfältiger Beteiligung und Zusammenarbeit auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen werden diese Empfehlungen dazu beitragen, eine inklusivere und aktivere politische Struktur zu schaffen, in der die Stimmen von Frauen integraler Bestandteil des Entscheidungsprozesses sind..</li> </ul> </li> <li>● <b>Nachhaltige Geschlechtergleichstellung in der politischen Repräsentation sicherstellen:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Die langfristige Umsetzung dieser Politiken wird zu einer nachhaltigen Geschlechtergleichstellung in der politischen Repräsentation beitragen und sicherstellen, dass die Perspektiven von Frauen dauerhaft in das politische Leben in Österreich, Rumänien und Litauen integriert werden.</li> </ul> </li> </ul>
<p><b>5. Ratschläge für die Umsetzung dieser Empfehlungen</b></p>	<p><b>Solidarität unter Frauen fördern:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>● Netzwerke aufbauen: Stärkung von parteiübergreifenden und basisnahen Netzwerken, um Frauen in der Politik zu unterstützen und bewährte Praktiken auszutauschen.</li> <li>● Mentoring: Etablierung von Mentoring-Programmen, die erfahrene Politikerinnen mit Führungskräften verbinden.</li> </ul> <p><b>Effektive Kommunikation mit PolitikerInnen:</b></p>

Co-funded by the European Union. Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or the European Education and Culture Executive Agency (EACEA). Neither the European Union nor EACEA can be held responsible for them.

The project “Equal and inclusive representation of women in decision-making for women advancement”

Membership Support Regranting Scheme 2024 / RE-GRANTING AGREEMENT No. MASF2024-006

	<ul style="list-style-type: none"><li>• Einbindung der Führungsebene: Enge Zusammenarbeit mit den Parteiführungen, um Geschlechtergleichstellung in Parteiprogramme zu integrieren.</li><li>• Angepasste Ansätze: Anpassung der Kommunikationsstrategien an die Parteidoktrinen und Betonung der Zusammenarbeit.</li></ul> <p><b>Gemeindemitglieder miteinbeziehen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Basis-Engagement: Ermächtigung lokaler Gemeinschaften zur Teilnahme an politischer Interessenvertretung, wobei der Schwerpunkt auf der Einbeziehung von Frauen liegt</li><li>• BürgerInnenbildung: Bildung der WählerInnen über die Bedeutung der Geschlechtergleichstellung in der Politik und Ermutigung zur Unterstützung von Kandidatinnen.</li></ul> <p><b>Quoten fördern und durchsetzen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Quoten einführen: Ermutigung politischer Parteien zur Einführung freiwilliger Geschlechterquoten und Unterstützung dabei durch Schulungen.</li><li>• Formelle Politiken: Einsetzen für Geschlechtergleichstellungspolitiken innerhalb von Parteien und Überwachung der Umsetzung.</li></ul> <p><b>Gezielte Schulungsprogramme umsetzen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Kompetenzentwicklung: Anbieten von Schulungen in Führung, Kommunikation und digitalen Fähigkeiten, die Frauen aus unterschiedlichen Hintergründen zugänglich sind.</li><li>• Partnerschaften: Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen und NGOs, um umfassende Schulungsprogramme zu entwickeln.</li></ul> <p><b>Eintreten für familienfreundliche Politik:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Unterstützungsmaßnahmen: Einsetzen für familienfreundliche Politik in politischen Institutionen, wie flexible Arbeitszeiten und Kinderbetreuung.</li><li>• Breite Unterstützung: Männliche und weibliche PolitikerInnen für die Unterstützung dieser Politiken gewinnen</li></ul> <p><b>Medienmanagement verbessern:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Ausgewogene Berichterstattung: Zusammenarbeit mit Medien, um eine faire und nicht-stereotype Berichterstattung über PolitikerInnen zu gewährleisten.</li></ul>
--	---

Co-funded by the European Union. Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or the European Education and Culture Executive Agency (EACEA). Neither the European Union nor EACEA can be held responsible for them.

The project “Equal and inclusive representation of women in decision-making for women advancement”

Membership Support Regranting Scheme 2024 / RE-GRANTING AGREEMENT No. MASF2024-006

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Öffentliches Bewusstsein: Kampagnen starten, um Geschlechterstereotype herauszufordern und die Errungenschaften von Frauen in der Politik hervorzuheben.</li> </ul> <p><b>Fortschritte überwachen und bewerten</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Maßstäbe: Klare Maßstäbe setzen und regelmäßige Evaluierung des Fortschritts, um Strategien nach Bedarf anzupassen.</li> <li>• Transparenz: Veröffentlichung von Berichten über die Repräsentation von Frauen in der Politik, um Rechenschaftspflicht und öffentliches Bewusstsein zu gewährleisten.</li> </ul>
<p><b>6. Quellen, Kontakte, Referenzen</b></p>	<ol style="list-style-type: none"> <li><b>1. EWL-Aktivitäten für mehr Frauen in der Politik</b> <a href="https://www.womenlobby.org/Women-in-Politics-507?lang=en">https://www.womenlobby.org/Women-in-Politics-507?lang=en</a></li> <li><b>2. Litauische Frauenlobby: Projekt Partizipation von Frauen für den Fortschritt: von der Analyse zur Aktion</b> <a href="https://lmlo.lt/politinis-moteru-dalyvavimas-pazangai-nuo-analizes-iki-veiksmo/">https://lmlo.lt/politinis-moteru-dalyvavimas-pazangai-nuo-analizes-iki-veiksmo/</a></li> <li><b>3. Europarat: Empfehlung Rec(2003)2 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten über die ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern an politischen und öffentlichen Entscheidungsprozessen</b> <a href="https://search.coe.int/cm#{%22CoEIdentifier%22:[%2209000016805e0848%22],%22sort%22:[%22CoEValidationDate%20Descending%22]}">https://search.coe.int/cm#{%22CoEIdentifier%22:[%2209000016805e0848%22],%22sort%22:[%22CoEValidationDate%20Descending%22]}</a></li> <li><b>4. Europarat: Analytischer Bericht über die ausgewogenen Beteiligung von Frauen und Männern in Entscheidungsprozessen</b> <a href="https://rm.coe.int/analytical-report-data-2016-/1680751a3e">https://rm.coe.int/analytical-report-data-2016-/1680751a3e</a></li> <li><b>5. UN CEDAW Allgemeine Empfehlung Nr.23: Politisches und öffentliches Leben</b> <a href="https://www.refworld.org/legal/general/cedaw/1997/en/39377">https://www.refworld.org/legal/general/cedaw/1997/en/39377</a></li> <li><b>6. UN CEDAW Entwurf der allgemeinen Empfehlung Nr.40 über die gleichberechtigte und integrative Vertretung von Frauen in Entscheidungsprozessen 18.Juli 2023</b></li> </ol>

Co-funded by the European Union. Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or the European Education and Culture Executive Agency (EACEA). Neither the European Union nor EACEA can be held responsible for them.



Co-funded by  
the European Union



EUROPEAN WOMEN'S  
LOBBY  
EUROPEEN DES FEMMES

## Women4Advancement

The project "Equal and inclusive representation of women in decision-making for women advancement"

Membership Support Regranting Scheme 2024 / RE-GRANTING AGREEMENT No. MASF2024-006

---

	<p>7. <a href="https://www.ohchr.org/en/documents/general-comments-and-recommendations/draft-general-recommendation-no-40-equal-and">https://www.ohchr.org/en/documents/general-comments-and-recommendations/draft-general-recommendation-no-40-equal-and</a> <b>Kontakte:</b> <a href="mailto:office@frauenring.at">office@frauenring.at</a></p>
--	---

---

Co-funded by the European Union. Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or the European Education and Culture Executive Agency (EACEA). Neither the European Union nor EACEA can be held responsible for them.